

An die demokratischen Fraktionen des Sächsischen Landtags

Offener Brief

22.03.2025

Plädoyer gegen Kürzungen der Finanzierung von Beratungsangeboten für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns an Sie vor dem Hintergrund der aktuellen Verhandlungen zum Sächsischen Landeshaushalt für 2025/2026.

Angekündigt sind deutliche Kürzungen in den freiwilligen Leistungen aller Ministerien, die auch die „Opferberatung Support für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ des RAA Sachsen e.V. als Teil des Beratungsnetzwerks im Demokratiezentrum im Sächsischen Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt¹ betreffen.

Die „Opferberatung Support für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ des RAA Sachsen e.V. ist als Gewaltopferberatung zusammen u.a. mit der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Gemeinwesen (Kulturbüro Sachsen e.V.) und im Schulkontext (Netzwerk für Demokratie und Courage) Teil des Beratungsnetzwerk.

Als Mitglieder des Forum Beratung der DGVT, als Beratungswissenschaftler*innen wie -praktiker*innen kennen und schätzen wir die Arbeit von Opferberatungsstellen wie der „Opferberatung Support für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ des RAA Sachsen e.V. außerordentlich.

Geplante Kürzungen gefährden unverzichtbare Beratungsangebote für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Fachberatungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt unterstützen nicht nur Gewaltopfer bzw. Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, mit den psychosozialen Folgen der erlebten Gewalt zurecht zu kommen und, wo möglich, weiteres Gewalterleben zu prävenieren, sie vermitteln auch Informationen über Opferrechte, helfen bei der Anzeige von Straftaten und intervenieren im Sozialraum, um potentiell von rassistischem Gewalterleben Betroffene zu schützen.

Fachberatungsstellen spielen damit eine wichtige Rolle bei der Unterstützung von Opfern/Betroffenen von Gewalt und der Prävention von Hasskriminalität. Ohne diese unbedingt notwendige psychosoziale

¹ Das Demokratie-Zentrum Sachsen (DZ) ist Teil des Bundesprogramms »Demokratie leben!« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander fördert. Das Demokratie-Zentrum vereint alle staatlichen und nicht-staatlichen Akteure, die sich für die Stärkung der Demokratie und gegen extremistische und menschenfeindliche Bewegungen im Freistaat Sachsen engagieren, unter einem Dach. So ist ein Beratungsnetzwerk entstanden, das sowohl im Bereich Prävention als auch im Bereich Intervention professionelle Beratung bietet.
<https://www.sms.sachsen.de/demokratie-zentrum-sachsen-4014.html>

Beratung fehlt Betroffenen von rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt eine zentrale und wichtige, in ihrer Form einzigartige Anlaufstelle für Hilfe und Unterstützung, sie sind noch mehr isoliert und bleiben schutzlos. Die soziale Wahrnehmung ihrer Erfahrungen und ihre Situation wird privatisiert und sie findet deutlich schwerer Eingang in öffentliche Diskurs- und Politikräume.

Kürzungen, die sich auf derart spezialisierte Fachberatungsstellen beziehen, können aber auch negative Auswirkungen auf die Gesellschaft als Ganzes haben. Eine Gesellschaft, in der Menschen nicht sicher sind, in der sie Opfer von Gewalt werden können und nicht sicher Schutz erhalten, ist eine Gesellschaft, in der auch demokratische Werte wie Toleranz, Respekt und Menschenrechte gefährdet sind.

Absichernde Budgets für Beratung sind gerade in Krisenzeiten existenziell

„Absichernde Budgets für Beratung sind gerade in Krisenzeiten existenziell“ (wie wir schon 2022 in der Dritten Frankfurter Erklärung² geschrieben haben), auch um über Jahrzehnte gewachsene Strukturen, Qualitäts- und Professionalitätsstandards aufrechterhalten zu können. Wird an diesen wichtigen Angeboten gespart, dann bedeutet das adressat*innenbezogen fehlende Unterstützung – und zwar für jene gesellschaftlichen Gruppen, die häufig auch strukturell von Diskriminierung betroffen sind.

Kürzungen und Einsparmaßnahmen bedrohen aber auch den so wichtigen Informationsaustausch in existierenden Fachnetzwerken etwa von Behörden und Verwaltungen, die jeweils auf die Expertise der Fachberatungsstellen, wie SUPPORT des RAA e.V., angewiesen sind. Es wäre spezialisiertes Wissen zu Mechanismen und Wirkungsweisen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, es wären aus strukturierten Monitoringprozessen gewonnene Wissensbestände zu tatsächlicher Gewalt und damit auch Wissen zu aktuellen, regional rückgebundenen gesellschaftlichen Entwicklungen, die nur noch schwer aufrechterhalten und weitergegeben werden könnten. Fehlende Beratung und Prävention spart also nichts ein. Es gehen damit unmittelbar Wissen und wichtige Unterstützung verloren. Zugleich kann dies auf lange Sicht mehr Folgekosten erzeugen als die Weiterförderung und der Erhalt der Beratungsstellen.

Wird also beim Haushaltstitel für dieses Beratungsnetzwerk (Zuschüsse an freie Träger, Vereine und Verbände) gekürzt, wird die so wichtige Beratungsarbeit nicht mehr wie bislang aufrechterhalten werden können. Die Beratungsangebote benötigen zwingend eine auskömmliche Finanzierung, die sich an den Budgets aus den Vorjahren orientiert.

Deshalb fordern wir die demokratischen Fraktionen im Sächsischen Landtag auf, hier keine Einsparungen vorzunehmen. Wir fordern die unbedingte Weiterfinanzierung der Beratungsstelle für Personen, denen antisemitische, rassistische und rechte Gewalt widerfahren ist.

² https://www.dgvt.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Fachgruppen/2022-04-11-DritteFrankfurterErklaerung-ForumBeratung-DGVT.pdf

Denn eine „gute“ Beratung benötigt „sowohl ausreichende Ressourcen wie auch gestalterische Freiheiten, um flexibel auf konkrete aktuelle Problemlagen eingehen zu können. In diesem Sinne geht es darum, dass Beratung auf den politischen Bühnen nicht nur als günstige Lösung für aktuelle Probleme gesehen wird, sondern vielmehr auch darum, ihre Rolle und Funktion als solidarische zugewandte und bildungsförmige Unterstützung aufzuwerten.“ (Dritte Frankfurter Erklärung 2022)

Mit freundlichen Grüßen

Frank Engel (Bielefeld)

Mechthild Greive (Dortmund)

Dr. Annett Kupfer (Technische Universität Dresden)

Prof. Dr. Judith Lehnart (Katholische Hochschule Mainz)

Prof. Dr. Marion Mayer (Alice-Salomon-Hochschule Berlin)

Prof. Dr. Frank Nestmann (Technische Universität Dresden)

Prof. Dr. Berrin Özlem Otyakmaz (Universität Kassel)

Prof. Dr. Christian Paulick (Hochschule Merseburg)

Prof. Dr. Melanie Plöber (Hochschule Bielefeld)

Prof. Dr. Sabine Schönfeld (Evangelische Hochschule Dresden)

Dr. Ursel Sickendiek (Bielefeld)

Dr. Sandra Wesenberg (Leipzig)